

# Zuverlässige Dränage ist höchstes Gebot

## Bericht von der Veranstaltung „Gefährdet die Notfallvorsorge die Rückholung“ in der Lindenhalle am 20. November 2014

Claus-Jürgen Schillmann, Umweltdezernent des Landkreises Wolfenbüttel und intimer Kenner der Asse-2-Problematik vertrat die kurzfristig erkrankte Landrätin Steinbrügge, die Vorsitzende der Asse-2-Begleitgruppe. Er führte in seiner Begrüßung aus, dass gerade die Bewertung der Konsequenzen der Notfallvorsorge eine komplexe Fragestellung sei, die mehrere Zielkonflikte beinhalte. Die Diskussion um die Folgen der Notfallvorsorge sei deshalb auch von offenen Fragen und Dissensen zwischen BfS und AGO gekennzeichnet. Dies sei auch darin begründet, dass verschiedene Lösungsvorschläge stets mehrere, grundlegende Aspekte der Sicherheit einerseits und der Rückholung andererseits betreffen. Als Beispiel wählte der Umweltdezernent die Verfüllung von Zugängen zu Einlagerungskammern: Diese diene einerseits der Stabilisierung des Bergwerks und trage zur Arbeitssicherheit bei, stünde aber im Widerspruch zu der Notwendigkeit, Lösungszutritte frühzeitig zu erkennen und zu beseitigen. Die Rückholung könne nur bei möglichst trockener Lagerung der Atomabfälle gewährleistet sein.

Vor diesem Hintergrund hatte die AGO das BfS seit Langem um die Erstellung eines Konzeptes zur Dränage gebeten. Dieses Konzept hat das Bundesamt im August 2014 vorgelegt, und die AGO ihre Stellungnahme zum Konzept vor wenigen Tagen abgeschlossen. Mit der heutigen Veranstaltung solle deshalb, so Schillmann, auch in dieser Frage sofort Transparenz in und für die Region hergestellt werden.

Die Sachlage und die Stellungnahme zu dem Konzept des BfS erläuterten für die AGO die Geologen Jürgen Kreusch und Ralf Krupp.

Jürgen Kreusch erläuterte das komplexe Wirkungsgefüge zwischen Vorsorgemaßnahme, Rückholung und Dränage, beleuchtete einige Zusammenhänge der Dränage mit anderen Aspekten (Tragfähigkeit des Grubengebäudes / Verfüllung von Strecken und Hohlräumen / Arbeitssicherheit der Beschäftigten). Grundsätzlich, so der Geologe, gefährde die Notfallvorsorge die Rückholung nicht, sie sei vielmehr die Voraussetzung für die Rückholung. Allerdings sei es notwendig, die vielen schwierigen Abwägungsentscheidungen sorgfältig fachlich zu untermauern. Das wiederum erfordere einen offenen, gemeinsam nach der besten Lösung suchenden Austausch zwischen AGO und den jeweiligen Fachleuten des BfS.

Ralf Krupp stellte anschließend anhand anschaulicher Grafiken grundlegende fachliche Details zur Dränage vor. Er betonte, dass man mit dem BfS viele identische Einschätzungen habe, dass man aber auch gemeinsam offene Fragen (Wie sind die Abfälle gelagert? / Kann die Einlagerungskammer 10 über Lösungsfassung dauerhaft dräniert werden? / Ab welchem Lösungs-/ Abfallverhältnis ist die Rückholung nicht mehr möglich? / Welche Erkenntnisse gibt es über die Wechselwirkung von durchfeuchtetem Versatz und Gebinden?) und mehrere Dissense festgestellt habe. So sieht die AGO im Gegensatz zum BfS die Gefahr eines Aufstauens von Lösungen in den Einlagerungskammern und hält ein erneutes Auftreten von Lösungen an derzeit trockengefallenen Lösungsstellen für möglich. .

Die vom BfS als Dränage geplante Variante eines Abpumpens von einem mindestens 25 m oberhalb gelegenen Punkt bezeichnete er als nicht dauerhaft sicher und lehnte sie daher ab. Die notwendige Arbeitssicherheit in instabilen Bereichen sei möglicherweise durch Nachschneiden oder durch Betonieren und einen Gleitbogenausbau zu gewährleisten, Detailprüfungen seien notwendig. Die Diskussion über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Methoden zwischen BfS und AGO befänden sich erst am Anfang.

Im Kern hegt die AGO Zweifel an der Zuverlässigkeit des Dränagekonzepts des BfS und sieht ferner die gebirgsmechanische Notwendigkeit der Ausbetonierung als nicht nachgewiesen an. Die AGO fordert daher Alternativprüfungen für noch nicht betonierte Bereiche sowie das Wiederherstellen von bereits verfallenen Zugängen zu Lösungsfundstellen. Ebenso hegt die AGO grundsätzliche Zweifel an der Wirksamkeit des vom BfS derzeit favorisierten „Topfkonzepts“, das im Falle eines Absaufens der Grube die Ausbreitung von radioaktiver Lösung verhindern bzw. wesentlich verzögern soll.

Ralf Krupp bezeichnete die zahlreichen einzelnen Entscheidungsfindungen als erschwert, da noch keine Rückholungsplanung vorliegt. Außerdem sehe die AGO Fragen des Strahlenschutzes als noch unbeantwortet an und plädiert für eine sorgfältige Behandlung und Diskussion der offenen Fragen.

Die Podiumsrunde, an der neben den AGO-Fachleuten Kreuzsch, Krupp und Stacheder die A2B-Mitglieder Schröder sowie Michael Fuder teilnahmen und die von der Braunschweiger Zeitung (Michael Ahlers) moderiert wurde, beantwortete die zahlreichen Fragen aus dem Publikum.

Die Fragen, Anregungen und Kritik der Zuhörer betrafen unter anderem die Themen Zustand in den Kammern, hydraulisches Gefälle, Sinnhaftigkeit von 3D Seismik, Probebohrungen an der Südwest-Flanke, Validität der Hochrechnungen, Menge von Tritium im Bergwerk, Qualität der Zusammenarbeit von BfS und A2B bzw. AGO und die Öffentlichkeitsarbeit.

Mit dem Wunsch, dass die Verantwortlichen und die Experten der beteiligten Institutionen künftig einander mit mehr Respekt und Vertrauen begegnen sollten als bisher, schloss Dezernent Schillmann den Informationsabend gegen 22.00 Uhr.

Die Asse 2 Begleitgruppe plant, im Frühjahr 2015 die nächste öffentliche Informationsveranstaltung durchzuführen und strebt an, diese Veranstaltung wieder gemeinsam mit dem BfS zu gestalten. Für den heutigen Informationsabend hatten BfS und Bundesumweltministerium abgesagt mit der Begründung, die Stellungnahme der AGO habe für eine angemessene Vorbereitung zu kurzfristig vorgelegen.